

Tagungsankündigung und Call for Paper

„Der Rat, der Bürgermeister und seine Partei – Das kommunale ‚Dreigestirn‘ im Bundesländervergleich“

Ort: FernUniversität Hagen

Datum: 15. / 16. September 2005

Diese zweite Tagung in der Reihe zur Kommunalpolitik in den Bundesländern wird sich mit dem empirischen Verhältnis von Bürgermeistern, Kommunalvertretung und Parteien befassen.

Seit den 80er Jahren wurde zunehmend die Hypothese in der lokalen Politikforschung vertreten, dass die politischen Parteien immer stärker die Kommunalpolitik personell, inhaltlich und prozedural monopolisieren. Unter dem Grad personeller Parteipolitisierung versteht man die Parteizugehörigkeit und -bindung der Verwaltungsspitze bzw. -angehörigen und der Ratsmitglieder. Damit verbunden ist auch die Frage, welche Rolle Wählergemeinschaften als „Parteialternativen“ in der kommunalen Vertretungskörperschaft spielen. Inhaltlich steht für den Grad der Ausrichtung der Argumentation und Abstimmung nach übergeordneten Gesichtspunkten und den Kontext der Gemeinde übersteigenden politischen Programmen. Starke prozedurale Parteipolitisierung ist ablesbar an dem geschlossenen Abstimmungsverhalten der Fraktionen, einer klaren Trennung des Rates in Regierungs- und Oppositionsfraktionen und an einer relativ geringen Anzahl einstimmiger Beschlüsse (Wehling 1991).

Die seit Ende der 80er Jahre konstatierte zunehmende Parteipolitisierung wurde weitgehend als bundeseinheitlicher Trend gedeutet, während regionale Unterschiede zwischen den Bundesländern weitgehend ausgeblendet wurden. Die zunehmende Parteipolitisierung auf kommunaler Ebene wurde allgemein als Modernisierungsprozess gedeutet, dem sich kaum eine Kommune entziehen kann (Holtmann 1992). Die bundesweite Reform der Gemeindeordnungen in Richtung Süddeutsche Ratsverfassung nahmen einige Politikwissenschaftler zum Anlass eher einen bundeseinheitlichen Trend der „Ent-Parteipolitisierung“ (Wehling 2003) zu konstatieren.

Bisher fehlt es aber an aktuellen empirischen Bestandsaufnahmen zur Rolle der Parteien in der Kommunalpolitik, die insbesondere auch mögliche regionale Unterschiede berücksichtigen. Dabei ist davon auszugehen, dass der Grad der Parteipolitisierung auch zusammenhängt mit den Einflussmöglichkeiten des Rates und des direktgewählten Bürgermeisters. Bei geringer Parteipolitisierung ist auch ein geringer Einfluss des Rates bei sehr starker Dominanz des Bürgermeisters („exekutive Führerschaft“) zu erwarten. Diese Konfiguration wurde an anderer Stelle unter dem Begriff der Konkordanzdemokratie subsumiert (Holtkamp 2003). Dem kann man die Konkurrenzdemokratie gegenüberstellen, die durch starke Parteipolitisierung, starken Einfluss des Rates (insbesondere der Mehrheitsfraktionen) und eine etwas schwächere Position des Bürgermeisters gekennzeichnet ist. Als weitgehend unabhängige Variablen zur Erklärung dieser unterschiedlichen Ausprägungen von Kommunalpolitik können die variierenden rechtlichen Rahmenbedingungen, die Gemeindegröße und bedingt auch der Organisationsgrad der Parteien gelten. Ordnet man die Bundesländer anhand der durchschnittlichen Ausprägung dieser Variablen zu, kann man davon ausgehen, so zumindest eine erste auf der Tagung zu diskutierende Hypothese, dass die Kommunalpolitik in den neuen Bundesländern und in Baden-Württemberg eher zur Konkordanzdemokratie tendiert, während gerade in Nordrhein-Westfalen, Hessen und im Saarland eher die Konkurrenzdemokratie dominieren dürfte (Holtkamp 2003).

Die Tagungsbeiträge können sich sowohl auf vergleichende Fallstudien in einzelnen Bundesländern als auch auf bundesländervergleichende Untersuchungen beziehen. Sie können das Verhältnis von Bürgermeistern, Parteien und Kommunalvertretung insgesamt thematisieren oder sich auf einzelne Teilaspekte konzentrieren (personelle, thematische, prozedurale Parteipolitisation, exekutive Führerschaft). Neben dem Querschnittvergleich können auch Veränderungen im Zeitablauf analysiert werden (Trend zur Parteipolitisation bzw. Entparteipolitisation, Trend zur exekutiven Führerschaft etc.).

Darüber hinaus soll auf der Tagung auch aus normativer Perspektive darüber diskutiert werden, wie die Leistungsbilanz von kommunalen Konkordanz- und Konkurrenzdemokratien hinsichtlich der Input- und Output-Legitimität zu beurteilen ist und welche Rolle zukünftig die Parteien, die Kommunalvertretung und der Bürgermeister in der Kommunalpolitik spielen *sollen*.

Bitte reichen Sie Ihre Abstracts mit Vorschlägen zu Tagungsbeiträgen spätestens bis zum 30. Juni 2005 bei der unten angegebenen Kontaktadresse an. Anmeldeschluss für die Tagungsteilnahme ist ebenfalls der 30. Juni 2005.

Holtkamp, Lars 2003: Parteien in der Kommunalpolitik - Konkordanz- und Konkurrenzdemokratien im Bundesländervergleich, polis-Heft 58 / 03, FernUniversität Hagen, Hagen, downloadbar unter: <http://www.fernuni-hagen.de/POLAD/download/PolisNr58.pdf>

Holtmann, Everhard 1992: Politisation der Kommunalpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B22-23, S. 13-22

Wehling, Hans-Georg 1991: ‚Parteipolitisation‘ von lokaler Politik und Verwaltung? Zur Rolle der Parteien in der Kommunalpolitik, in: Heinelt, Hubert / Wollmann, Hellmut (Hg.): Brennpunkt Stadt, S. 149-166

Wehling, Hans-Georg 2003: Rat und Bürgermeister in der deutschen Kommunalpolitik, in: Kost, Andreas / Wehling, Hans-Georg (Hg.): Kommunalpolitik in deutschen Ländern – Eine Einführung, Opladen, S. 302-312

Kontaktadresse:

Dr. Lars Holtkamp

FernUniversität Hagen, Institut für Politikwissenschaft, Universitätsstraße 41, 58084 Hagen, Tel. 02331 / 987-2485

E-Mail: lars.holtkamp@fernuni-hagen.de